Bozialdemokratischer Pressedienst

Derausgeber und Abefrebatieur: 3. B.: ~ Electer L. 1986 . Jernfprecher: Ami Donhoff 4196/4198



Anschrift für Berlag und Schriftleitung: Berlin SB 61, Belle-Allsance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Berftellung erfolgt im Gelbfiverlag.

Der Abdrud ift nur auf Grund besonderer Bereinbarung gestattet. Ründigung beiderfeits 4 Wochen vor dem Quartaterften, wenn nichts anderes vereindart ift. Erfättungsort für beibe Teile ift Bertin.

Berlin, den 23. Lat 1930

far, inclifuet

Soc. Geschiedenis | Sozialistischer Wiederaufbau.

Amsterdam

Zum Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig.Drahtb.)

'Zehn Jahre sind es her, dass auf dem Kongress in Tours durch die auf Befehl von Moskau befohlene Spaltung die im Jahre 1905 auf dem Kongress in Toulouse geeinigte Sozialistische Partei Frankreichs in Trümmer flog.

Damals mochte es scheinen, als ob der kommunismus in Frankreich die ganze Arbeiterklasse hinter sich scharen würde. Die Zahl derjenigen, die nach dem osteuropäischen pseudo-revolutionären Sturm der sozialistischen Fahne treu blieben, war nicht gerade gross. "Es heisst nun, das alte Haus zu schützen, um eines Tages den Rückkehrenden wieder ihr sozialistisches Heim geben zu können", rief um die Jahreswende 1920/21 Leon Blum in Tours aus. Höhnisches Gelächter der sich mächtig fühlenden Bolschewisten dröhnte durch den Kongressaal, als Blum und der inzwischen verstorbene Führer Marcel Sembat prophezeiten, der Tag würde kommen, an dem der kommunistische Spuk zusammenbrechen würde.

Am heutigen Tage, an dem die Sozialistische Partei zu ihrem 28. Jahreskongress wieder in Tours zusammentritt, darf sie mit Stolz auf das Wiederaufbauwerk zurückblicken, das sie in diesen zehn Jahren vollbracht hat. Während die
Kommunistische Partei von über 200 000 Mitgliedern auf höchstens noch 30 000
im ganzen Lande zurückgegangen ist, verfügt die Sozialistische Partei über.
130 000 Mitglieder. Während die kommunistische Parlamentsfraktion 10 Mitglieder
umfasst, zählt die sozialistische 109 Abgeordnete und 17 Senatoren. Ueber 1000
Bürgermeister, zum Teil der wichtigsten Städte wie Bordeaux, Lille, Roubeix,
Mühlhausen, Nimes, Grenoble usw., und über 16 000 Gemeinderatsmitglieder bilden
den Rahmen der 98 Bezirksverbände. Und das Parteiorgan "Populaire" konnte nach
langen Schwierigkeiten endlich auch seine Leserzahl im Laufe der letzben zwei
Jahre verdreifachen!

Die politische Stellung der Sozialistischen Partei im Lande ist so stärk geworden, dass gegenwärtig alle Parteien mit der Möglichkeit rechnen, nächstes Jahr, wenn die Kammerwahlen der Linken und vor allen den Sozialisten den erwarteten Sieg gebracht haben werden, die Sozialistische Partei in der Regierung zu sehen. Das verleiht dem bevorstehenden Kongress eine noch grössere Bedeutung als gewöhnlich und es ist kein Wunder, dass die Blätter aller Richtungen sich schon vor der Eröffnung des Parteitages mit den kommenden Beschlüssen beschäftigen.

Rein objektiv betrachtet scheinen in Tours heissere Auseinandersetzungen bevorzustehen, als dies in den letzten Jahren der Fall zu sein pflegte. Was besonders die Stellung der Sozialistischen Partei zu der wichtigen Frage der Landesverteidigung betrifft, setzen die bürgerlichen Parteien grosse Hoffnungen auf die zweifellos zwischen den einzelnen Tendenzen bestehenden Meinungsverschiedenheitem. In den letzten Monaten hat plötzlich eine in der französischen Bewegung schon vor dem Kriege wohlbekannte Tendenz, die seinerzeit z.B. auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart 1907 unter dem Namen "Herveismus" Sensatio

machte und die in der völligen Ablehnung jedweder Landesverteidigung besteht, wieder Fürsprecher gefunden; gewisse Tolstoianer, Anhänger der passiven Resie stenz, haben ebenfalls in verschiedenen verbänden Entschliessungen in diesem Sinne zur Annahme gebracht; sogar die "Gewissensrebellen" nach englischem Muster haben es verstanden, die Leute um sich zu scharen. Allerdings scheint die traditionelle Richtung zugunsten einer in sozialistischem Sinne beeinflussten prinzipiellen Bejahung der landesverteidigung einstweilen noch ihre vorherrschende Stellung behalten zu haben. Aber an sich ist sie auch wieder gespalten inbezug auf die praktische Stellungnahme gegenüber den für Heer und Marine im gegenwärtigen staat geforderten Krediten.

Man darf daher für Tours ausserordentlich lebhafte und interessante Debate ten voraussehen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die extremen Auffassungen die Oberhand gewinnen. Zwar setzen die reaktionären Parteien ihre grössten Hoffnungen darauf, denn, wenn das der Fall wäre, würde in der Zukunft jede Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Partei und den linksbürgerlichen Radikalen unmöglich werden und damit zu gleicher Zeit dem Eintritt der Sozialisten in

irgend eine Regierung ein unüberwindliches Hindernis gesetzt.

Die Fragen, die auf der Tagesordnung des Internationalem Kongresses von Wien stehen, werden in Tours nicht zur Diskussion gelangen, da ein ausserordentlicher Parteitag, der unmittelbar vor der Wiener Tagung im Juli stattfindet, dafür vorgesehen ist.

SPD. Lodz, 23. Mai (Eig. Drahtb.) Am Sonnabend vormittag begann in Krakau der 22, alljährliche Parteikongress der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, dem am Freitag der allgemeine pol-

nische sczialistische Frauentag vorangegangen war.

Der Kongress ehrte zu Beginn das Andenken der verstorbenen sozialistischen Führer Dr. Posner und Dr. Diamand und sprach seine Huldigung allen Führern von Brest Litowak sowie den Genossen aus, die im Kampf um den Sozialismus noch in polnischen Gefängnissen sitzen oder Repressalien seitens der Regierung unterworfen sind. Zu Ehrenvorsitzenden des Kongresses wurden dann der Nestor des polnischen Sozialismus, Senator Limanowski, und der frühere Sejmmarschall Dac-zynski gewählt. Den Vorsitz übernahm darauf der Abgeordnete Zulawski. Der Kongress hat von fast allen sozialistischen Parteien der Welt und auch der Internationale Begrüssungsschreiben erhalten.

mit dem Verlesen der politischen und wirtschaftlichen Referate fand der Beratungstag am Sonnabend sein Ende. Die Dauer des Kongresses ist insgesamt

auf drei rage vorgesehen.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hatte am Sonnabend vormittag am Quai d' Orsay eine Unterredung mit Briand, in der er, wie anzunehmen ist, den Aussenminister von der Notwendigkeit, auf seinem Posten zu bleiben, zu überzeugen versucht hat. Im Anschluss daran empfing Briand verschiedene Parlamentarier der Linksparteien. darunter Loucheur und Danielu von der radikalen Linken und den sozialistischen Abgeordneten Grumbach, die in gleichem Sinne auf ihn einwirkten. Welches Ergebnis diese Bemühungen gehabt haben, ist noch nicht bekannt. In der Umgebung des Ministers neigt man zu der Annahmen dass Briand seine Demission aufrechterhalter wird. Der Aussenminister ist am Sonnabend abend nach seinem Landgut Cocherel abgereist, um dort in aller Ruhe seine gegenwärtige Lage und die sich daraus für ihn ergebenden Entschlüsse zu überdenken. Da er erst am Dienstag nach Paris zurückkehren wird, ist der für diesen rag vorgesehene Ministerrat auf Mittwoch verschoben worden. Vor Mittwoch wird also keine Entscheidung fallen.

Regierungspräsident Dr. Poeschel in Liegnitz hat sich entschlossen, die Wahl zum Oberbürgermeister in Stettin nicht anzunehmen. Dr. Poeschel hatte bekanntlich zur Bedingung gemacht, dass seine Wahl mit überwältigender Mehrheit erfolgen müsse, da ihm nur durch einen positiven Vertrauensbeweis von ganz ungewöhnlichem Ausmass der schwere Entschluss ermöglicht worden wäre, aus dem Staatsdienst auszuscheiden und seinen schlesischen Posten zu verlassen. Die auf ihn entfallende Mehrheit betrachte der Regierungspräsident zwar für die heutigen politischen Verhältnisse als beachtlich, aber doch nicht so überwältigend, dass er mit ihr seinen Weggang aus Liegnitz glaubte rechtfertigen zu können.

t ;

SPD. Rom, 23:Mai (Eig.Drahtber.)

Die Besprechungen zwischen Grandi und Curtius haben nach den Mitteilungen der italienischen Presse vornehmlich den Zweck gehabt, Deutschland zu bewegen, an dem italienischen Plan einer gemeinsamen wirtschaftlichen Durchdringung der Donau= und Balkanstaaten teilzunehmen, nämlich nach gemeinsamem Plan Einzelab= kommen mit den einzelnen Staaten zu treffen und so die italienische These zum Siege zu führen; denn der französische Plan habe keinerlei praktischen Zweck und weiter komme man nur, wenn Deutschland gemeinsam mit Italien diese wirt= schaftlichen Sonderabkommen pflege.

SPD. Rom. 23.Mai (Eig.Drahtber.) Ein revolutionärer Plan bürgerlicher Intellektueller und gemässigter So= zialisten, der im vergangenen Herbst zum Sturz der faschistischen Herrschaft führen sollte und sehr viele Verhaftungen zur Folge hatte, wird am Sonnabend durch die Anklageschrift in seinen höchst interessanten Einzelheiten aufge= deckt. Es müssen sich nämlich zehn von diesen Intellektuellen am 29. Mai vor dem Ausnahmegericht verantworten. Von ihnen werden als Führer die bekannten Mailander Antifaschisten Ricardo Bauer und Ernest Rossi angegeben; drei sind flüchtig. Unter den anderen Angeklagten sind Ingenieure, Universitätsprofesso= ren und Flieger. Die am Sonnabend veröffentlichte Anklageschrift zeigt die Plä= ne der Revolutionäre in vielen Einzelheiten auf. Nach der Anklage haben sie in Mailand, Sardinien und anderswo eine geheime revolutionäre Organisation republikanischen Charakters gehabt. Der Name dieser Organisation war gleichzeitig die Losung: "Gerechtigkeit und Freiheit". Sie habe den bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg zum erklärten Ziel gehabt. Dieser, viele Kreise umfassenden Organisation hätten Republikaner, Sozialisten, Liberale und Demokraten angehört. In zahlreichen geheimen Versammlungen habe sie ihre Propaganda getrieben mit Flugschriften und sie in breite Massen getragen. Auch Bomben seien angefertigt worden, mit denen die staatlichen Gebäude belegt werden sollten. Gel= der seien auf allen Wegen für diesen Kampf gesammelt worden. Nach der Anklage= schrift hätte die Untersuchung ergeben, dass die ganze Bewegung von der Pariser Antifaschistenzentrale unterstützt und geleitet worden sei. Der Flieger Viezzo-li sollte bei Ausbruch der Revolution Flugzettel über Rom abgeworfen und die Bevölkerung zum Aufstand aufgerufen haben, ähnlich, wie es Bessanesi einmal über Mailand getan hat. Die Korrespondenz wurde von der Schweiz heimlich im Auto abgeholt. So kam die Sache heraus.

SPD. Budapest, 23.Mai (Eig.Drahtber.)

Die Aussperrung von fünftausend Arbeitern in den drei Fabriken der Firma Ganz "Danubius", endete mit einer Vereinbarung. Trotz der trostlosen wirtschaftlichen Lage gelang es der Firma nicht die Kraft der Arbeiter zu brechen. Die Arbeit wird in allen drei Fabriken Dienstag aufgenommen. Die Fabrikleitung gab die Erklärung ab, dass sie die Beschwerden der Arbeiter untersuchen und nach Tunlichkeit erledigen werde.

SPD. Budapest, 23.Mai (Eig.Drahtber.)

Wie die Zeitung "Magyar Hirlap" berichtet, hat der Ministerpräsident Graf Bethlen in der Frage der Wahlen schon einen Beschluss gefasst. Die Wahlen sol= len vor der Ernte zwischen dem 28. Juni und dem 7. Juli abgehalten werden. Graf Bethlen bemüht sich jetzt eine bürgerliche Einheitsfront zu schaffen. Nach der versöhnlichen Rede des Führers der agrarischen Opposition Gaston Gal, lud er im Parlament diesen öffentlich ein, mit ihm zur Lösung der aktuellen Fragen Besprechungen abzuhalten.

SPD. Brüssel, 23.Man (Eig.Drahtber.)

Am Sonnabend hat die belgische Arbeiterpartei den 60. Geburtstag Camille Huysmans gefeiert. Es wurden Ansprachen von Vandervelde, Anseele und Destree gehalten. Von allen Seiten des Landes, aus Walonien und aus Flandern, wurden dem Jubilar Blumen und Geschenke übersandt. Vandervelde erinnerte an die Tätigkeit des ehemaligen Sekretärs der Sozialistischen Arbeiter=Internationale auf der Stockholmer Konferenz im Jahre 1917. Er betonte, dass Huysmans den Mutgehabt hat, in der Minderheit zu bleiben, in der Minderheit, von der Ibsen sagte, dass sie immer endlich Recht hat. Tatsächlich ist Huysmans trotz Stockholm Minister geworden.

Anseele sprach vor allem von den grossen Fortschritten, die der Sozialis=
mus dank Huysmans im klerikalen Flandern gemacht hat. Destree drückte die Sym=
pathie der walonischen Sozialisten für den Flamen aus. Dank Huysmans ist die
Partei die einzige im Lande, die über eine logische Lösung für die Sprachenfrage verfügt, eine Lösung, die die Einheit der Partei gerettet hat und die Einheit des Landes. Anlässlich seiner Tätigkeit als Staatsmann und Journalist
wird auch darauf hingewiesen, dass Huysmans durch seine Tätigkeit gegen die Festungsentwürfe eine solche Wendung in der öffentlichen Meinung verursacht hat,
dass die parlamentarische Mehrheit geteilt wurde und die Regierung stürzte.

Am Sonnabend nachmittag wurde Huysmans als Abgeordneter von Antwerpen von den dortigen Sozialisten gefeiert.

SPD. Amsterdam, 23.Mai (Eig.Drahtber.)
Auf der Kanzlei des Haager Ständigen Internationalen Gerichtshofes lief
am Freitag das Ansuchen des Völkerbundsrates um Abgabe eines Gutachtens ein,
ob ein Abkommen zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in=
nerhalb der Grenzen des Protokolls vom 19.März 1931 mit Artikel 88 des Verträ=
ges von St.Germain und mit dem am 4.Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr.1 vereinbar sein würde.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig. Drahtber.)

Die sozialistischen Abgeordneten Grumbach und Monnet haben die Absicht, die Regierung in der Kammer über das brutale Vorgehen verschiedener Polizeibesamten gegen einen Demonstrationszug zu intervenieren, der sich in der Nacht zum Sonnabend unter Hochrufen auf Briand durch die Strassen der inneren Stadt beswegte. Abgeordneter Grumbach war selbst Zeuge eines solchen Zusammenstosses, bei dem ein Redakteur der radikalen Zeitung "Republique" von einem Polizeibesamten blutig geschlagen wurde. Durch sein Eingreifen wurden weitere Brutalitästen verhindert.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig. Drahtber.)

Die Streiklage im nordfranzösischen Textilgebiet ist im allgemeinen un= verändert. Den streikenden Textilarbeitern haben sich am Sonnabend auch eine grosse Anzahl von Transportarbeitern angeschlossen.

Die beiden kommunistischen Manifestanten, die bei den Zusammenstössen am Freitag in Roubaix verhaftet wurden, werden wegen Behinderung der Arbeitswilligen und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gerichtlich verfolgt werden. Auf Grund dieser Zwischenfälle ist beschlossen worden, dass die mit Textilfabrikaten beladenen Kraftwagen in Roubaix von berittener Gendarmerie begleitet werden.

SPD. Genf, 23. Mai (Eig. Drahtber.)

Die vom Haager Gerichtshof zugunsten der Einschulung von 60 Kindern in Minderheitenschulen in Oberschlesien entschiedene Frage wurde auf Antrag Polenauf September vertagt, ebenso die Privatsache des Fürsten Pless. Durch die erstere Vertagung können die deutschen Kinder trotz des Haager Entscheids nicht mehrechtzeitig eingeschult werden. Nach Annahme einer privaten Stiftung für den Nassen=Flüchtlings=Fond schloss Curtius mit dem Ausdruck der Erleichterung die 63. Ratstagung.

SPD. Genf, 23. Mai (Eig. Drahtber.)

Hendersons Wahl zum Vorsitzenden der Abrüstungs=Konferenz hat, wie aus einem an ihn gerichteten Glückwunschtelegramm des Staatssekretärs für Aeusseres, Stomsin hervorgeht, in Amerika die lebhafteste Befriedigung ausgelösten "In Anbetracht Ihrer ernsten und begeisterten Führerschaft in der weltweiten Bewegung für eine wirkungsvolle Regrenzung und Herabsetzung der Rüstungen der schliesst das Telegramm - "glaube ich, dass keine klügere Wahl hätte getroffen werden können".

SPD. Genf, 23. Mai (Eig. Drahtber.)

Die Auseinandersetzung über Danzig im Rat hat noch ein Nachspiel gehabt. Zaleski hat an Curtius einen Protest gerichtet wegen seiner Ermahnung vom Freitag an beide Parteien, in Danzig sich jeder Agitation gegeneinander zu enthalten. Zaleski glaubt, Curtius habe die alte Gepflogenheit nicht beachtet, wonach politische Erklärungen des Ratspräsidenten vorher mit den arteien vereinbart werden. In seiner sehr scharfen Antwort weist Curtius den Protest als unberechtigt zurück, da er in voller Unparteilichkeit nach den Pflichten des Rates, und seines Präsidenten gehandelt habe.

SPD. Madrid (Eig.Ber.)

Einer der bekannteren Führer des spanischen Syndikalismus, jener zum A= narchismus hinneigenden vor Jahrzehnten von der sozialistischen Bewegung ab= gespaltenen Gruppe, hielt im Madrider Ateneo einen sehr wichtigen Vortrag, in dem die Haltung der Syndikalisten zur jetzigen Regierung und zur Ausgestal= tung der neuen spanischen Verfassung berührt wurde.

Zunächst trat der Redner der viel verbreiteten Auffassung entgegen, dass die "Confederacion General de Trabajo", die Organisation der Syndikalisten, der Republik feindlich gegenüberstünde. Sie hat, so führte er aus, mit am mei= sten für die Vorbereitung der Republik getan, wenn sie auch im Kabinett durch keinen Minister vertreten ist. Sodann ging er zu der brennenden Frage des Se= paratismus über. Der Separatismus bedeutet nach Ansicht der Confederacion ei= nes der grössten Hindernisse für die Einigung der Arbeiterklasse. Der Regierung werden dann einige wenig schmeichelhafte Worte gesagt. Nach Ansicht der Syndikalisten geht das Kabinett zu rücksichtsvoll vor. Es hätte viel energischer mit den Ueberbleibseln der Monarchie aufgeräumt werden müssen, auch ohne Rücksicht auf entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen. Als schlimmstes Zeichen verhängnisvoller Milde wird angeführt, dass sogar ein Mann wie Martinez Anido, der Innenminister Primo de Riveras und ehedem Unterdrücker der Syndikalisten in Barcelona, der Republik das Treuversprechen habe abgeben dürfen.

Ein zweiter Teil der Rede galt dem Aufbau des neuen Spanien. Spanien sei in seiner ganzen Gesinnung durchaus föderalistisch. Seine Lebendigkeit beruhe auf der "Rebellion der Regionen". Die "Confederacion Nacional de Trabajo" hat, wie der Redner betonte, ihre grösste Stärke in Katalonien. Dort tritt sie dem Staatssozialismus und auch dem kommunistischen Gedanken entgegen. Sie ver= langt grösste persönliche Freiheit, ganz im Gegensatz zu Russland, wo der Zentralismus die Freiheit ungeheuer beschränkt. Zu den Ereignissen der ver= gangenen Woche führt der Redner aus, dass der Syndikalismus kein Freund der Klosterbrennerei sei, dass die Schuld an den Vorfällen aber bei der Regierung läge, die nicht rechtzeitig die Mönche aus dem Lande gejagt habe. Er ent= schuldigt die Ausbrüche der Volkswut und fordert im Namen der Syndikalisten eine bessere Volkserziehung. Schulen in allen Dörfern sollten die Guardia ci= vil, und die Priester ersetzen!

Wenn die Andeutungen des Redners richtig sind, wird sich die "Confederacio Nacional del Trabajo" nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung ("Cortes constituyentes") beteiligen oder wenigstens keine eigenen Kandidaten aufstel= len. Aber sie wird während der Tagung der Nationalversammlung in Madrid einen in Permanenz tagenden Kongress abhalten, der die Arbeiten des Parlamentes von aussen her kontrollieren soll.

Hier wurde zum ersten Mal in der Hauptstadt Spaniens vor einem größeren Publikum eine Art Programm des Syndikalismus entwickelt. Die Syndikalisten haben ihre meisten Anhänger in Katalonien und den übrigen Mittelmeerprovinzen, so Valencia, und in Andalusien. Aber auch im asturischen Kohlengebiet und selbst in dem nordwestlichsten Teil der Halbinsel, in Galizien haben sie in den Hetzten Jahren einbrechen können. Sie stehen größstenteils in sehr scharfer Konkurrenz zum Sozialismus, der von Madrid aus zentral organisiert ist. Die sozialistische Organisation der "Union General de Trabajadores" ist die weitaus stärkere Macht; aber auch die syndikalistische Organisation ist durche aus nicht zu unterschätzen. In dem Kampf um die Macht waren die Syndikalisten stets die weitaus Radikaleren. Und Barcelona, ihr Hauptsitz, hat manchen unrushigen Tag gesehen, der auf diesen Radikalismus zurückzuführen war. Im allgemeinen werden sie absichtlich und unabsichtlich immer wieder mit den Kommunisten verwechselt. In ihren anarchistischen Tendenzen bilden sie aber eher das direkte Gegenstück zum Kommunismus.

"f-Aus Welt

Der letzte Weg.

Die Stunden vor der Arbeit des elektrischen Stuhls.

SPD. Zu der augenblicklich durch verschiedene traurige Mordfälle besonders akut gewordenen Frage, wie weit ein Mörder als "normal" bezeichnet werden kann, ist ein wertvoller Diskussionsbeitrag die Erfahrung derjenigen, die die zum Tode Verurteilten bis zum letzten Augenblick beobachten. Wir wissen, mit welcher Gewalt Tetzner zum Richtblock geschleppt werden musste. Aber wir hören nun auch von "heiteren" Todeskandidaten. Freilich ist uns ihre "Heiterkeit" uns heimlich....

Die Gefängnisvorsteher und Gefängnisgeistlichen des New Yorker Zuchthausses Sing Sing berichten merkwürdige Dinge. Um diese letzten Stunden "totzuschlagen", spielte ein Todeskandidat Karten. Ein anderer meisterte seine innes re Unruhe durch mehrere Partien Schachspiel. Es soll aber auch Todeskandidaten gegeben haben, die vor ihrer Hinrichtung mit grösster Sorgfalt ihre Kleider und Schuhe gereinigt haben. Wieder andere schmückten die Wände der Armesünderszelle mit Schönschriftübungen aus. Hier sind Rätsel zu lösen.

George Mesrole, ein jetzt 83 Jähriger, war 18 Jahre lang Kerkermeister im berüchtigtsten Zuchthaus Sing Sing. Pater Cashin, der ein halbes Menschenalter den Armensündern in der Todesstunde Trost spendete, hatte das gleiche Wirkungsfeld. Die beiden an Erfahrungen so reichen Männer haben nun ihre Erinnerungen in Buchform herausgegeben. Sowohl für die Psychologie als auch für das Publikum

bieten sie viel Interessantes.

An einer Stelle heisst es: "Niemand schaute lustiger in die Augen des Tome des als James Cassidy, der mit seinen drei Helfershelfern den Trambahnkassiem rer Otto Field ermordete und deshalb im Dezember 1920 zum Tode verurteilt wurme de. Am Nachmittag vor der Hinrichtung ging der Kerkermeister zu ihm und fragte: "Nun, wie fühlen Sie sich?" Er war damit beschäftigt, an der Wand seiner Zelle eine Zeichnung zu vollenden und erwiderte: "Ist es nicht dumm, dass mit einem, der solch grosses Zeichentalent hat, so kurzer Prozess gemacht wird wie mit einem Huhn?" Das Urteil bestimmte, dass Cassidy als letzter hingerichtet werde, weil er der geistige Urheber des Mordes war. Und als die Zeit kam, dass der erste Mörder weggeführt werden sollte und alle stumm und gerührt dastanden, erstönte in den düstren Gefängnisgängen auf einmal ein wunderbarer Tenor: "Oh, what a nice, oh, what a nice heart bolled happy.." (Oh, welch hübsches, oh welch hübsches Herzchen brannte glücklich..!") Cassidy sang aus vollem Halse den lustigen Schlager, um seine Genossen damit aufzuheitern.

Carl Loose, der seine Schwester ermordete, weil sie einen Mann heiraten wollte, der ihm nicht sympathisch war, liess sich einen neuen eleganten Kneizfer vom Gefängnisarzt geben, um bei der Hinrichtung ehrwürdiger auszusehen;

seine alte Brille schenkte er zum Andenken seinem Wärter.

Louis Hermanns letzter Wunsch war, dass man ihm einen Strauss roter Nelken bringen sollte, dann steckte er eine davon ins Knopfloch und als man ihn wege führte, überreichte er jedem Wärter eine mit den Worten: "Auf Wiedersehen. Kames"

Mit einer bewundernswerten Todesverachtung verbrachte Frau Martha Place ihre letzten Stunden. Als sie erfuhr, dass ihr Gnadengesuch abgelehnt worden war, nähte sie ihr eigenes Todesgewand. Sie verzehrte inzwischen das ihr gesbrachte gute Mittagessen und den Mund verziehend, bemerkte sie darauf: Mr. Shoes

maker, heute war der Kirschkuchen nicht besonders gut. Eine halbe Stunde vor hrer Hinrichtung fand sie, dass das fertig gewordene Gewand etwas zu weit Are. Umsonst versicherte ihr die Wärterin, dass das Kleid gut sitze und sie orteilhaft kleide. Sie trennte die Naht auf und nähte sie von neuem. Das war de Frau, die ihre Stieftochter mit einer beispiellosen Bestialität erdrosselt hatte.

Paul Hilton, der einen Polizisten ermordete, zeichnete ununterbrochen in seiner Zelle. Als die Wärter kamen, ihn zu holen, sagte er resigniert-spöttisch "Ich hätte noch gern dieses Meisterwerk vollendet, bevor man mich zwangsweise unter die Erde schickt." Hastig rauchte er seine Zigarette - er war ein leie denschaftlicher Raucher - während man ihn zum todbringenden Stuhl führte. Und als man ihn anbinden wollte, bat er lächelnd: Noch einen Paff, ja? Dann drückte er sorgfältig das Feuer aus, steckte den Rest hinters Ohr und sagte: "So, jetzt kanns losgehen, meine Herren!"

Charles Roger hatte Fred Olney und dessen zwei Verwandte ermordet. Als der Geistliche zu ihm kam, um ihm den letzten Trost zu bieten, machte er mit der einen Hand eine leichte Bewegung und sagte: "Lassen Sie doch diesen Quatsch, spielen Sie lieber eine Partie Schach mit mir. "Und er spielte und gewann ale le Schachpartien. Nur die letzte, die verlor er. In diesem Augenblick wurde er geholt und zum elektrischen Stuhl geführt.

Der erste Mann, der in Amerika durch den elektrischen Stuhl hingerichtet wurde, war ein Japaner Shibuya Jupira. In der Nacht vor seinem Tode sass er auf der Kante seiner Pritsche und las ein Witzblatt. Er amüsierte sich dabei so grossartig, dass er oftmals in ein dröhnendes Gelächter ausbrach.

Grauenvoll, unheimlich --

L.L.

Auf Menschenjagd!

Hitler" Elite" in Form - Ein Legalitätseid wird illustriert.

SPD. Etwas geradezu Beispielloses hat sich in Berlin ereignet. Fünf SA-Ban=diten, von hemmungsloser Rauflust getrieben, überfielen einen Passanten, der ihnen nicht das Geringste getan hatte, prügelten ihn halb tot und verfolgten den schwer Misshandelten in ein Haus, in das er bis auf die Bodentreppe flüch=tete. Als sie Miene machten, den Portier, der sich den Unmenschen entgegen stell=te, niederzuschlagen, zog dieser in grösster Not seinen Revolver und schoss, wobei einer der Rowdies schwer verletzt wurde. Unter den Hitlerkrakeelern be=fand sich auch ein kürzlich wegen nationalsozialistischer Umtriebe aus der Berliner Schutzpolizei entlassener Polizeiwachtmeister.

Das Ganze illustriert in krasser und überzeugender Weise den jüngst feierslich geschworenen Legalitätseid Adolf Hitlers. Wie sagte der Held von München bei seiner Vernehmung im Eden-Prozess-? Die SA überfällt niemanden, sie ist immer in der Notwehr, sie hält eiserne Disziplin und lässt sich niemals zu Ausschreitungen hinreissen...

In Reinickendorf findet eine nationalsozialistische Versammlung statt. Ein Goebbels-Häuptling hält eine wilde Hetzrede und bringt die Versammelten in fiebernde Erregung. In der Versammlung ist ein starker SA-Trupp der Stennes-Opposition erschienen, der jeden Augenblick Miene macht, sich auf die hitlertreuen Versammlungsteilnehmer zu stürzen. Nur der Einsatz starker Polizeikräfte kann im letzten Augenblick eine wilde Saalschlacht zwischen den verfeindeten Brüdern verhindern. Zur tiefen Betrübnis der beiderseitigen SA, die schon die Rockärmel hochgekrempelt hat, um sich gegenseitig zu verholzen.

Die Versammlung ist gegen li Uhr zu Ende und fünf Nazis, darunter der fammese Polizeiwachtmeister a.D., beschliessen, ihren nicht abreagierten Rauf-

kompléxen Rechnung zu tragen und sich irgendeinen "Juden oder Marxisten zu kaufen. Sie ziehen geschlagene sechs Stunden wie hungrige Wölfe durch die nördliche Friedrichstadt, lümmeln sich in Kneipen und Gassen herum, ohne zum Ziel gelangen zu können. Keine Provokation will gelingen, die Chancen der vier Krakeelsüchtigen sinken immer mehr. Schliesslich jedoch, es ist schon ganz hell geworden, erblicken sie an einer Strassenbahnhaltestelle einen jüngeren Menschen, der sie zwar nicht im geringsten belästigt hat und weder als Jude noch als Marxist erkenntlich ist. Zuerst beschimpfen sie ihn in der unflätig= sten Weise und fallen dann wie die Wilden über ihn her. Dem Unglücklichen ge= lingt es schliesslich, blutüberströmt seinen Peinigern zu entkommen. Er vers steckt sich, man findet ihn wieder, er wird aufs neue misshandelt. Abermals gelingt ihm die Flucht. Er entkommt in das Haus des Gesamtverbandes, in dem den Nazis der Portier entgegen tritt. Auch der Portier wird in der brutalsten misshandelt. Er zieht seinen Revolver und schiesst auf die Angreifer. Einer wird schwer verletzt. Auf dem Polizeipräsidium stellt sich später einwandfrei heraus, dass der Portier in höchster Notwehr gehandelt hat. Die Nazistrolche bleiben in Haft, sie werden sich vor dem Richter zu verantworten haben. Es sind Manner jenes Schlages, wie sie Hitler als seine Elite bezeichnet....

Wegeners Ostgruppe. Bei der "Notgemeinschaft der deutschen "Absenschaft" in Berlin ist ein ausführliches Telegramm eingelaufen, das von den Erlebnissen der Ostgruppe, die einige Wochen später als der auf so tragische Weise ums Le= ben gekommene Professor Wegener aufbrach, besteht aus drei Forschern: Dr. Walter Kopp von der Höhenflugstelle des Óbservatoriums Lindenberg, Zoologe Hermann Peters und Pilot Ernsting. Als vor wenigen Tagen ein verstümmeltes Te= legramm einlief, in dem von "schweren Schwierigkeiten - Schneestürmen Eis= bären" zu lesen war, befürchtete man bereits das Schlimmste. Tatsächlich fand die Ostgruppe das rettende Depot auch nur durch einen Zufall.

In der bei der Deutschen Notgemeinschaft eingelaufenen Depesche heisst es, dass die Ostgruppe am 11. Mai die Oststation verlassen musste, da der Proviant zu Ende ging, zumal bereits im Herbst acht Lebensmittelkisten durch Seewasser verdorben wären. Die Gruppe sei mit zwei Skiern, zwei Schlitten, drei Hunden, sowie mit Proviant für zwei Fage aufgebrochen. Man habe gehofft, dass im Herbst ausgelegte Depot bereits nach zwei Tagen zu finden. Tatsächlich sei dies auch. gelungen, aber nur, weil eine Stange aus dem Schnee herausgeragt habe: das Depot war vollkommen eingeschneit. Unterwegs wäre Peters, der schon bei der Abreise starkes Fieber gehabt hätte, schneeblind geworden. Nachts habe man bei 10 Grad Kälte in einem Schneeloch schlafen müssen. Starker Schneefall habe die Sicht vollkommen unmöglich gemacht. Am Depot sei ein Schneehaus errichtet worden, dort habe man zunächst besseres Wetter abgewartet.

Die Weiterreise erfolgte am 15.Mai. Am 17.Mai erreichte die Ostgruppe die Kolonie Scoresbysund und wurde dort sehr freundlich empfangen. Die Forschungs=

arbeiten sollen im Sinne Professor Wegeners fortgesetzt werden.

"Gotteslästerung". Auf Veranlassung des Berliner bischöflichen Ordinariats wurde von der Staatsanwaltschaft gegen Moriz Seeler, den beiter der "Jungen Büh ne", ein Gotteslästerungsverfahren eingeleitet. Seeler hat in einer Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, in dem sich der liebe Gott kopfschüttelnd über die Berliner Theaterkrise äussert....

Verschollen. Während schwerer Schneestürme verirrten sich sechs englische Touristen in den Pyrenäen. Seit mehreren Tagen fehlt jede Nachricht von ihnen. Mit ihrem Tode ist zu rechnen.

Abgebrannte Grossmühle. In Troenes bei Reims (Frankreich) brannte eine Grossmühle bis auf die Grundmauern nieder. 70 000 Zentner Getreide fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf lå Millionen Francs geschätzt.

Fünf Löwen vergiftet. Im Zirkus Barnum, der zurzeit Holland bereist, würden dieser Tage fünf wertvolle Löwen, die noch am Abend zuvor gesund aufgetreten waren, tot in ihrem Käfig aufgefunden. Es wird Vergiftung vermutet. Der nicht durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt 50 000 Gulden.

Arbeitertod. Im Steinbruch Traschlii bei Sofia wurden acht Arbeiterunter hereinbrechenden Gesteinsmassen begraben. Drei der Verunglückten wurden auf der Stelle getötet, die übrigen lebensgefährlich verletzt.

Einc wein=erliche Feuerwehr. In dem an der Donau liegenden nordbulgari= schen Dorfe Nowoselo brach dieser Tage ein Brand aus, der ein ebenso seltenes wie lustiges Ende fand. Spielende Kinder hatten die Strohschober des Dorf wirtes Mikow in Brand gesteckt. Infolge starken Windes drohten die Flammen auf das Gasthaus und das anliegende Gemeindeamt überzugreifen. Das Feuerhorn gell= te. Doch als die beiden Dorfspritzen an der Brandstelle ankamen, stellte sich heraus, dass in der Nähe kein Wasser vorhanden war. Ratlos standen die biederen Feuerwehrleute da und wussten sich nicht zu helfen. Schliesslich kam ein helle: Bauernbursche auf den gescheiten Einfall, doch die erheblichen Weinbestände des Wirtes zur Speisung der Spritzen zu verwenden, bis Wasser herangeholt sei. Gesagt, getan. Unter nicht geringem Hallo wurden die grössten Weinfässer des Wirtes aus dem "eller gerollt und nach wenigen Minuten spieen die beiden Pum= pen das köstliche rote und weisse Nass in dicken Strahlen auf den roten Hahn. der in knapper Viertelstunde, noch bevor der Wein alle war, "ertränkt" wurde. Natürlich hatten die Bauern bei allem Eifer auch nicht vergessen den eigenen inneren "Brand" zu löschen und sich erhöhte Courage anzutrinken. Nun nach abgeschlossener Löscharbeit forderte der Wirt, froh darüber, sein schwer bedroht gewesenes Haus gerettet zu sehen, auch von sich aus die wackeren *euerwehrleu= te und anderen herbeigeeilten Bauern auf sich an dem restlichen Wein gütlich zu tun. Und wie der Ortschronist meldet, hallte das Dorf bis zum frühen Morgen von den lustigen Gesängen der feuchtfröhlichen Feuerlöscher wieder.

Tod den Ratten. Ein gutes Geschäft glaubte der Magistrat der Stadt Pabia=
nice in Polen zu machen, indem er eine grosse Rattenvertilgungsaktion einlei=
tete und den Hausbesitzern für teures Geld das Gift verkaufte. Leider stellte
sich der erwünschte Erfolg nicht ein, sondern die Ratten hatten einen wahren
Heisshunger auf das Gift und frassen es, wo sie es fanden, ohne dass es ihnen
schadete. Die Pabianicer Bürger beschwerten sich bei der Regierung, dass der
Magistrat auf ihre Kosten die Ratten füttere. Nunmehr hat sich der Magistrat
bewogen gefühlt, ein angeblich wirksameres Mittel auszugeben, das er frei lie=
ferte. Ueber den Erfolg ist noch nichts gemeldet worden.

Gold in der Tschechoslowakei. Bei Schürfversuchen in der Gemeinde Cucna bei Roznava fand man ein reichliches Goldvorkommen. Hier waren seinerzeit Anstinonitgrub n im Betrieb, die den Abbau aber wegen Unrentabilität schon im Jahire 1929 einstellten. Petzt wurde festgestellt, lass die Abfallstoffe der Gruben reichlich Goldsana enthalten und zwar nach dem Befund des Geologischen Instituts 22 bis 24 Gramm Gold auf 100 Kilogramm. Die seinerzeit entlassenen Arsbeiter hoffen nun auf reiche Beschäftigung.



Weitere Verschlechterung der Rohstoffmärkte.

Deutsches Stabeisen doppelt so teuer - Kaffeevernichtung in Prasilien.

SPD. Die Verstimmung auf den grossen Rohstoffmärkten hat sich seit der Frühjahrswende weiter durchgesetzt. Das ist gerade kein gutes Zeichen für die Liquidierung der Weltwirtschaftskrise.

Besonders deutlich lässt sich die Verstimmung an den Metallmärkten er= kennen, wo bis in die letzte Zeit hinein Kartelle und gemeinsame Einschrän= kungsversuche darauf hinarbeiteten, eine natürliche Preisbildung zu verhindern. So kam es, dass zum Brispiel bei Kupfer zwischen dem Preis am freien amerika= nischen und am kartellgebundenen europäischen Markt zeitweilig Unterschiede bis zu 10 % und mehr bestanden; sie liessen sich aber nicht aufrecht erhalten und das kartell sah sich gegen Schluss der Berichtszeit gezwungen, seine Preise mehrmals hintereinander zuermässigen. Auch bei Zinn bricht die Verstimmung immer wieder durch, und es ist kennzeichnend für die Lage, dass die Produzenten jetzt den beteiligten Staaten vorgeschlagen haben, man solle die Förderung um weitere 20 oog Tonnen einschränken. Ob sich das durchsetzen lässt, ist aber mehr als fraglich.

Ruhiger und verhältnismässig leidlich behauptet waren Blei und Zink,da= gegen neigte Silber wieder zur Schwäche. Das besagt,dass kein Staat die Verant= wortung auf sich nehmen will,eine Silberkonferenz einzuberufen,weil sich jeder bereits darüber vorher klar ist.dass sie wahrscheinlich völlig misslingt.

Auch an den <u>Eisen= und Kohlenmärkten</u> sind die Preise wieder weiter abge= bröckelt und am <u>Eisenweltmarkt wird zum Beispiel jetzt für Stabeisen weniger gefordert als in Deutschland für Roheisen. Stabeisen mit Stabeisen verglichen beträgt der Unterschied zwischen Weltmarkt= und deutschem Preis jetzt gute 50% des Weltmarktpreises.</u>

Die Lage im amerikanischen Baumwollgürtel ist nicht übermässig günstig. Das Wetter war während der letzten Wochen meist schlecht, ist zuletzt alleredings etwas besser geworden. Der Baumwollkäfer soll in riesigen Mengen überwintert haben, aber dem gegenüber steht einmal die Tatsache, dass die Anbaufläche nur um etwa 11 - 12 % zurückzugehen scheint, besonders aber die weitere Tatsache, dass es in den verarbeitenden Bezirken wieder sehr schlecht geht und die Kauflust der Spinner auf ein Mindestmass zusammengeschrumpft ist. So haben die Preise nicht unerheblich weiter nachgegeben. Auch bei Wolle brachte die Maie versteigerung einen, wenn auch bescheidenen Rückschlag gegenüber der Aufwärtsbewegung der Vormonate. Die Preise für Kammzug und Garne liegen aber wieder eine mal schwächer als die Jenigen für Rohwolle.

Von den Kolonialwaren fällt Gummi durch besondere Schwäche weiter auf. Es vergeht kaum eine Woche, in der der Preis nicht auf einen neuen Tiefstand sinkt. Hat die angebliche Belebung in der amerikanischen Autoindustrie nicht den ge-ringsten Einfluss auf Gummi ausgeübt. Die Ausfuhrziffern Ostasiens sind immer wieder höher als erwartet wurde und wenn auch allmählich eine grössere Anzahl von Pflanzungen den Betrieb einstellen oder verkleinern, so zeigen doch die Zufuhren von Eingeborenenkautschuk noch immer die Neigung, weiter anzuschwellen.

Die Lage am <u>Kaffeemarkt</u> ist wieder einmal vollkommen undurchsichtig geworden. Brasilien hat einen neuen Ausfuhrzoll von 10 Schilling je Sack eingeführt,der zunächst natürlich die Weltmarktpreise für Brasilkaffee in die Höhe Abgebrannte Grossmühle. In Troenes bei Reims (Frankreich) brannte eine Grossmühle bis auf die Grundmauern nieder. 70 000 Zentner Getreide fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf 12 Millionen Francs geschätzt.

Fünf Löwen vergiftet. Im Zirkus Barnum, der zurzeit Holland bereist, wurden dieser Tage fünf wertvolle Löwen, die noch am Abend zuvor gesund aufgetreten waren, tot in ihrem Käfig aufgefunden. Es wird Vergiftung vermutet. Der nicht durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt 50 000 Gulden.

Arbeitertod. Im Steinbruch Traschlii bei Sofia wurden acht Arbeiter unter hereinbrechenden Gesteinsmassen begraben. Drei der Verunglückten wurden auf der Stelle getötet, die übrigen lebensgefährlich verletzt.

Eine wein=erliche Feuerwehr. In dem an der Donau liegenden nordbulgari= schen Dorfe Nowoselo brach dieser Tage ein Brand aus, der ein ebenso seltenes wie lustiges Ende fand. Spielende Kinder hatten die Strohschober des Jorf= wirtes Mikow in Brand gesteckt. Infolge starken Windes drohten die Flammen auf das Gasthaus und das anliegende Gemeindeamt überzugreifen. Das Feuerhorn gell= te. Doch als die beiden Dorfspritzen an der Brandstelle ankamen, stellte sich heraus, dass in der Nähe kein Wasser vorhanden war. Ratlos standen die biederen Feuerwehrleute da und wussten sich nicht zu helfen. Schliesslich kam ein helle: Bauernbursche auf den gescheiten Einfall, doch die erheblichen Weinbestände des Wirtes zur Speisung der Spritzen zu verwenden, bis Wasser herangeholt sei. Gesagt, getan. Unter nicht geringem Hallo wurden die grössten Weinfässer des Wirtes aus dem "eller gerollt und nach wenigen Minuten spieen die beiden Pum= pen das köstliche rote und weisse Nass in dicken Strahlen auf den roten Hahn. der in knapper Viertelstunde, noch bevor der Wein alle war, "ertränkt" wurde. Natürlich hatten die Bauern bei allem Eifer auch nicht vergessen, den eigenen inneren "Brand" zu löschen und sich erhöhte Courage anzutrinken. Nun, nach abgeschlossener Löscharbeit forderte der Wirt, froh darüber, sein schwer bedroht gewesenes Haus gerettet zu sehen, auch von sich aus die wackeren *euerwehrleu= te und anderen herbeigeeilten Bauern auf sich an dem restlichen Wein gütlich zu tun. Und wie der Ortschronist meldet, hallte das Dorf bis zum frühen Morgen von den lustigen Gesängen der feuchtfröhlichen Feuerlöscher wieder.

Tod den Ratten. Ein gutes Geschäft glaubte der Magistrat der Stadt Pabia=
nice. in Polen zu machen, indem er eine grosse Rattenvertilgungsaktion einlei=
tete und den Hausbesitzern für teures Geld das Gift verkaufte. beider stellte
sich der erwünschte Erfolg nicht ein, sondern die Ratten hatten einen wahren
Heisshunger auf das Gift und frassen es, wo sie es fanden, ohne dass es ihnen
schadete. Die Pabianicer Bürger beschwerten sich bei der Regierung, dass der
Magistrat auf ihre Kosten die Ratten füttere. Nunmehr hat sich der Magistrat
bewogen gefühlt, ein angeblich wirksameres Mittel auszugeben, das er frei lie=
ferte. Ueber den Erfolg ist noch nichts gemeldet worden.

Gold in der Tschechoslowakei. Bei Schürfversuchen in der Gemeinde Cucha bei Roznava fand man ein reichliches Goldvorkommen. Hier waren seinerzeit Anstinonitgrub n im Betrieb, die den Abbau aber wegen Unrentabilität schon im Jahsere 1929 einstellten. Getzt wurde festgestellt, lass die Abfallstoffe der Gruben reichlich Goldsand erthalten und zwar nach dem Befund des Geologischen Instistuts: 22 bis 24 Gramm Gold auf 100 Hilogramm. Die seinerzeit entlassenen Arsbeiter hoffen nun auf reiche Beschäftigarg.



Weitere Verschlechterung der Rohstoffmärkte.

Deutsches Stabeisen doppelt so teuer - Kaffeevernichtung in Prasilien.

SPD. Die Verstimmung auf den grossen Rohstoffmärkten hat sich seit der Frühjahrswende weiter durchgesetzt. Das ist gerade kein gutes Zeichen für die

Liquidierung der Weltwirtschaftskrise.

Besonders deutlich lässt sich die Verstimmung an den Metallmärkten erkennen, wo bis in die letzte Zeit hinein Kartelle und gemeinsame Einschränkungsversuche darauf hinarbeiteten, eine natürliche Preisbildung zu verhindern. So kam es, dass zum Brispiel bei Kupfer zwischen dem Preis am freien amerikanischen und am karteilgebundenen europäischen Markt zeitweilig Unterschiede bis zu 10 % und mehr bestanden; sie liessen sich aber nicht aufrecht erhalten und das hartell sah sich gegen Schluss der Berichtszeit gezwungen, seine Preise mehrmals hintereinander zuermässigen. Auch bei Zinn bricht die Verstimmung immer wieder durch, und es ist kennzeichnend für die Lage, dass die Produzenten jetzt den beteiligten Staaten vorgeschlagen haben, man solle die Förderung um weitere 20 oog Tonnen einschränken. Ob sich das durchsetzen lässt, ist aber mehr als fraglich.

Ruhiger und verhältnismässig leidlich behauptet waren Blei und Zink,da= gegen neigte Silber wieder zur Schwäche. Das besagt,dass kein Staat die Verant= wortung auf sich nehmen will,eine Silberkonferenz einzuberufen,weil sich jeder bereits darüber vorher klar ist,dass sie wahrscheinlich völlig misslingt.

bereits darüber vorher klar ist, dass sie wahrscheinlich völlig misslingt.

Auch an den Eisen= und Kohlenmärkten sind die Preise wieder weiter abge=
bröckelt und am Eisenweltmarkt wird zum Beispiel jetzt für Stabeisen weniger
gefordert als in Deutschland für Roheisen. Stabeisen mit Stabeisen verglichen
beträgt der Unterschied zwischen Weltmarkt= und deutschem Preis jetzt gute 50%

des Weltmarktpreises.

Die Lage im amerikanischen Baumwollgürtel ist nicht übermässig günstig. Das Wetter war während der letzten Wochen meist schlecht, ist zuletzt alleredings etwas besser geworden. Der Baumwollkäfer soll in riesigen Mengen überwinstert haben, aber dem gegenüber steht einmal die Tatsache, dass die Anbaufläche nur um etwa 11 - 12 % zurückzugehen scheint, besonders aber die weitere Tatsache, dass es in den verarbeitenden Bezirken wieder sehr schlecht geht und die Kauflust der Spinner auf ein Mindestmass zusammengeschrumpft ist. So haben die Preise nicht unerheblich weiter nachgegeben. Auch bei Wolle brachte die Maisversteigerung einen, wenn auch bescheidenen Rückschlag gegenüber der Aufwärtsbewegung der Vormonate. Die Preise für Kammzug und Garne liegen aber wieder einsmal schwächer als die jenigen für Rohwolle.

Von den Kolonialwaren fällt Gummi durch besondere Schwäche weiter auf Es vergeht kaum eine Woche, in der der Preis nicht auf einen neuen Tiefstand sinkt. Hat die angebliche Belebung in der amerikanischen Autoindustrie nicht den geringsten Einfluss auf Gummi ausgeübt. Die Ausfuhrziffern Ostasiens sind immer wieder höher als erwartet wurde und wenn auch allmählich eine grössere Anzahl von Pflanzungen den Betrieb einstellen oder verkleinern, so zeigen doch die Zufuhren von Eingeborenenkautschuk noch immer die Neigung, weiter anzuschwellen.

Die Lage am <u>Kaffeemarkt</u> ist wieder einmal vollkommen undurchsichtig geworden. Brasilien hat einen neuen Ausfuhrzoll von 10 Schilling je Sack eingeführt,der zunächst natürlich die Weltmarktpreise für Brasilkaffee in die Höhe Höhe trieb, von dem aber keineswegs klar ist, ob er nicht schliesslich doch auf den brasilianischen Pflanzer zurückfällt. Was mit dem Erlös geschehen soll, wird verschieden dargestellt; einzelne Berichte sprechen von Kauf und Vernich= tung, andere von Kauf und Zurückziehung von Kaffee. Am Zuckermarktist die Lage durch den Abschluss des Weltkartells zunächst etwas entspannt; aber man merkt bereits den stärker gewordenen Wettbewerb der Aussenseiter.

Am Getreidemarkt versuchte sich zunächst infolge ziemlich grosser Käufe einzelner europäischer Länder, insbesondere Englands, eine gewisse Befestigung durchzusetzen. Spekulative Käufe für deutsche Rechnung trugen wohl dazu bei. Hier hoffte man wohl auf den ermässigten Weizenzoll und es hat sich gezeigt, das die vorgenommene Kontingentierung bei der deutschen Weizeneinfuhr schon ihren Sinn hat. Jedenfalls trat ein Rückschlag auf den Märkten ungefähr um die Zeit ein, als die erhoffte ungehemmte Einfuhr nicht zugestanden wurde. Seitdem ist der Markt sehr gedrückt, wobei die vorzüglichen Ernteaussichten in Nordamerika und auch die leidlichen bis guten Ernteaussichten in Europa von besonderer Be= deutung sind. Bemerkenswert ist die für die jetzige Jahreszeit ziemlich kräf= tige Nachfrage nach Futtergetreide. Hervorgehoben muss auch die Bewegung der Roggenpreise werden. Als ein grosser Teil Russenroggen in Rotterdam unter 3,50 Gulden in die Hand einer deutsch=holländischen Gruppe überging und "Gefahr be= stand", dass er den deutschen Roggen= und Brotpreis drücken konnte, setzte die deutsche Regierung den Roggenzoll in die Höhe. Dass aber Mangel an Roggen in Deutschland besteht, geht wohl daraus hervor, dass das Deutsche Reichsernäh= rungsministerium von diesem Roggen etwa einen Posten von 40 ooo bis 50 ooo Tonnen zu einem Preise von 4% Gulden gekauft hat. In Erwartung weiterer deut= scher Käufe ist der Preis auf etwa 5 1/5 Gulden in die Höhe geschnellt.

SPD. Nach einer Erhebung der <u>Forschungsstelle für den Handel</u> betrug im Jahre 1928 in Deutschland der <u>Anteil der Warenhäuser am Gesamtumsatz des Ein</u>= zelhandels 4,3 Prozent. Bei einem Umsatz des gesamten Einzelhandels in Höhe von 35 Milliarden Mark entfielen 1,5 Milliarden auf die Warenhäuser. In Gross= britannien waren es bei einem Gesamtumsatz von 53,2 Milliarden Mark 3,5 bis 4,5 Prozent, in Frankreich bei einem Gesamtumsatz von 28,8 Milliarden 5,3 bis 6,3 Prozent, in Spahien bei 9,8 Milliarden 0,5 bis 1,5 Prozent, in Holland bei 8,4 Milliarden 8 Prozent, in Schweden bei 4,7 Milliarden 1,8 Prozent und in den Vereinigten Staaten von Amerika bei einem Gesamtumsatz von 184,8 Milliar= den Mark 16 Prozent. Die Entwicklung der <u>deutschen Warenhäuser</u> vollzog sich hauptsächlich in den letzten 30 Jahren. Der Warenhausumsatz stieg von weniger als 50 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 500 bis 600 Millionen Mark im Jahre 1913, rund 1 130 Millionen Mark im Jahre 1925 und 1 600 Millionen im Jahre 1930 Für die Zeit von 1925 bis 1930 beträgt die Umsatzsteigerung nahezu 40 Prozent. Der Umsatz des übrigen Einzelhandels ist in derselben Zeit schätzungsweise um mehr als 10 Prozent gestiegen. Noch zu Beginn des Jahrhunderts entfielen kaum 0.3 Prozent des gesamten deutschen Einzelhandelsumsatzes auf die Warenhäuser. Ihr Anteil stieg bis 1925 auf 4 Prozent. Für 1930 kann er mit 5 Prozent an= genommen werden.

SPD. Der Monatsausweis der Kreditbanken für Ende April ist gerade nicht geeignet, den Optimismus anzuregen. So sind bei den Berliner Grossbanken die Kreditoren zurückgegangen (von 10 777 Ende März auf 10 682 Millionen Mark.)Die Akzepte sind um fast 30 Millionen auf 600 Millionen Mark abgebaut. Bei den Debitoren wurde eine Drosselung von 5 890 auf 5 834 durchgeführt. Die Hoffnungen auf stärkeren Zufluss von Einlagen, insbesondere aus dem Ausland, scheinen sich danach bei dem Berliner Bankgewerbe nicht voll erfüllt zu haben.



Gewerkschaftsfront gegen Sozialabbau.

Eingabe der Arbeiterspitzengewerkschaften an die Reichsregierung.

SPD.Der Ansturm der Scharfmacher gegen den Sozialschutz hätte von den Gewerkschaften aller Richtungen längst mit einem scharfen gemeinsamen Gegensstess beantwortet werden müssen. Leider ist es nicht dazu gekommen. Erst jetzt, sozusagen in letzter Stunde, werden auch bei den bürgerlichen Gewerkschaftserichtungen schärfere Töne angeschlagen. Erst jetzt wenden sich die Gewerkschaften in einer gemeinsamen Warnung an den Reichsarbeitsminister. Allein auch jetzt war eine Einheitsfront nur möglich, so weit die Verteidigung der Unfall- und der Invalidenversicherung in Frage kommt. Trotzdem hat natürlich der Schritt der Arbeiterspitzengewerkschaften seinen Wert. Hoffentlich hat er auch Erfolg.

Die Gewerkschaften beleuchten in dem allgemeinen Teil ihrer Eingabe zu* nächst mit einigen wichtigen Feststellungen das Kampffeld: Die Leistungen der Sozialversicherung sind bereits über das tragbare Mass hinaus eingeschränkt, sodass weitere Einschränkungen die Existenz der Arbeiter in Frage stellen. Eine noch stärkere Verschlechterung der Leistungen treibt breite Volksmassen zwangs= läufig einem ungesunden Radikalismus in die Arme und gefährdet den Bestand des Staates. Die hohen Gesamtsummen der Sozialversicherung setzen sich aus aus= serordentlich vielen Einzelleistungen zusaumen. Hinter den grossen Zahlen steht aber die Not der Renten- und Unterstützungsempfänger. Die Invalidenrente be= trägt in Deutschland im Durchschnitt 36 Mark im Monat. Die Witwenrenten, die auch nur an invalide Witwen gezahlt werden, sind entsprechend kleiner, und noch kleiner sind die Waisenrenten. Not und Elend sind durchwegs die Begleiter der Rentenempfänger. Trotzdem ist von Unternehmerseite die Forderung aufgestellt worden, die Invalidenrenten um etwa 30 Prozent zu kürzen. In der Unfallver= sicherung bilden die kleinen Renten, die nach dem Wunsche der Unternehmer ver= schwinden sollen, für den Arbeiter durchaus keine Lappalie. Die Rechtsprechung hat sich ohnehin dahin entwickelt, dass selbst für verhältnismässig schwere Verstümmelungen nur kleine Renten gezahlt werden. Dazu kommt, dass bei den heu≡ tigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt die Bezieher der kleinen Unfallrenten keine Arbeit mehr bekommen. Wenn es richtig ist, dass Deutschlands Leisting vor allem in seiner Arbeitskraft besteht, dann muss diese Arbeitskraft auch erhalten werden. Durch den Sozialabbau wird sie nicht erhalten.

Gegenüber der Forderung der Unternehmer auf Leistungsabbau in der Unfall=
versicherung betont die Eingabe: Die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung
für das Jahr 1929 betrugen 410 719 400 Mark. Das dafür erforderliche Umlage=
soll belief sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 Mark
pro tausend Mark der der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Die Belastung der
landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist wesentlich geringer. Sie beläuft
sich auf nur ein knappes Drittel der Umlagen der gewerblichen Berufsgenossen=
schaften. Für Entschädigung wurden im Jahre 1929 340 880 300 Mark verausgabt.
Dieser Betrag musste jedoch unter 1 025 293 Rentenempfängern aufgeteilt werden.
Angesichts einer Zahl von rund 24 Millionen Versicherten ist die Zahl von rund
i Million Rentenempfängern als nichtzu hoch zu bezeichnen. Wenn bei einzelnen
Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in norma=
ien Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muss, dann recht=
fertitgt das noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzel=

4

nen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Notstand könnte mit der Ein= führung einer Gemeinlast der Versicherungsträger überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits bei der Invalidenversicherung besteht. Eine zwangsweise Abfindung der Renten von 25% abwärts und ebenso eine Heraufsetzung der Invaliditäts≈ grenze bei Witwen von Unfallverletzten wären in ihrer Auswirkung von verheeren= den Folgen. Sie würden die Rentenbezieher nur zu den Wohlfahrtskassen der Gemeinden drängen. Ersparnismöglichkeiten lägen in einer Zusammenlegung kleine= rer Berufsgenossenschaften oder in ihrer Angliederung an grössere und in einem Abbau der Verwaltungsspesen, die zurzeit 10,07 Prozent der Gesamtausgaben ver= schlingen - ein Satz, der, gemessen an den Verwaltungskosten der anderen Zweige der Sozialversicherung, ausserordentlich hoch ist. Verhältnismässig gering dagegen ist die Summe von rund 8 Millionen von 410 Millionen für Verhütung von Unfällen. Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch den Gewerk= schaften notwendig. Vor allem halten sie für erforderlich zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung, Einführung einer Gemein: last für alle Träger der Unfallversicherung, 3. Verbesserung der Unfallverhü= tung und massgebende Mitwirkung der Versicherten im Sinne des Art. 161 der Reichsverfassung.

In der Frage der Invalidenversicherung verweisen die Gewerkschaften auf die sehr ernste Tatsache, dass sich 30 Prozent der Sozialrentner sowieso be= reits in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversiche rung nicht ausreichen. Sie empfehlen, sofern eine Sanierung auf den von ihnen gezeigten Weg in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, eine Neuregelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertagen, da die Vermögens= lage der Invalidenversicherung eine vorläufige Hinauszögerung der notwendigen Sanierung durchaus gestatte. Es liege kein Grund vor, die jetzige Situation als Katastrophe zu betrachten, unter derem Zwangsgebot eine sofortige Kürzung der Rentenhöhe als einzig gangbarer Ausweg vorzunehmen wäre. Kein Arbeiter kön= ne für eine solche Massnahme Verständnis aufbringen. Bei eintretenden besonders grossen Schwierigkeiten einzelner Landesversicherungsanstalten wäre sorgfältig zu prüfen, ob diese Schwierigkeiten nicht durch allzu starke Inanspruchnahme des Vermögensbestandes der Anstalt durch den Garantieverband entstanden sind. Es gebe Anstalten, die von Provinzverwaltungen als Teile ihrer Verwaltung be= trachtet würden und deren Mittel ohne Mitwirkung der Versicherten in ganz er= heblichen Festanlagen im Provinzialinteresse in Anspruch genommen worden seien. Mis Garantieverpflichtung hingegen sei bisher nie wirksam geworden.

Die Gewerkschaften machen diesen Hinweis, weil mit den Plänen zur Länderreform auch eine weitere organisatorische Verflechtung der Invalidenversiche= rung mit den verschiedenen Fürsorgezweigen zur Eröeterung gekommen ist. Die von der Länderkonferenz geplante noch weitere Verkoppelung der Invalidenver= sicherung mit der Fürsorge würde nach der Auffassung der Spitzenorganisationen Dine weitere Inanspruchnahme der Mittel der Versicherung zu reinen Fürsorge= zwecken bedeuten, obwohl sie jetzt schon eine Reihe solcher Fürsorgeleistungen gu tragen hat. Zu diesen rein fürsorgerischen Lasten treten dann noch erheb= liche Schäden aus der Inflation sowie bedeutende als Kriegsfolgen betrachtete Rentenlasten. Die Gewerkschaften halten es als ein Unrecht, dass unter solchen Umständen der Versicherung Reichsmittel entzogen werden. Dem beitragzahlenden Invalidenversicherten würden Sonderlasten aufgebürdet für Folgen politischer und wirtschaftlicher Katastrophen, deren Schäden von der Gesamtheit des Volkes zu tragen seien. Sollten zum Ausgleich des zeitweisen Ausfalles der Reichsmit= tel nun auch noch den Rentenempfängern die Bezüge gekürzt werden, so würde die Arbeiterwelt darin ein doppeltes Unrecht erblicken müssen.

3 SPD. Der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Vierter Bundestag desAFGB) ist vom Bundesvorstand zum 31. August nach Frankfurt/Main einberufen. Im Mittelpunkt der Tagung werden die Umwälzungen der Wirtschaft, die Forderung auf Einführung der 40 Stundenwoche, die Probleme der öffentlichen und priva= ten Wirtschaft und der Ausbau des Arbeitsrechts stehen.

In Oesterreich ist der Kongress der freien Gewerkschaften vom Vorstand des Bundes zum 21. September nach Wien einberufen. Die Hauptrunkte der provisorischen Tagesordnung lauten: Die wirtschaftliche und soziale lage in Oesters reich, die Sozialgesetzgebung und Probleme der Arbeitslosigkeit.

SPD. In West-Virginia (Vereinigte Staaten) sind 1 500 arbeitslose Bergare beiter aus dem Revier Ward aufgebrochen, um zu der 18 Meilen entfernten Stadt Charleston zu wandern, wo sie Hilfe fordern wollen. Die Bergarbeiter sind ohne Geld und ohne Nahrungsmittel. Der Gouverneur und das Rote Kreuz versagen die Unterstützung. Der Sheriff von Charleston gab nur in geringem Masse Nah= rungsmittel. Die zurückgebliebenen Familien sind ohne jeden Unterhalt.

SPD.Die Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks hielten dieser Tage in Ko= penhagen ihre Generalversammlung ab. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, zählt der Bund heute 259 095 von etwa 300 000 organisierten Arbeitern und zwar in 57 Hauptorganisationen. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der Organisationen 53 und die Mitgliederziffer 155 978. Die Zunahme ist hauptsächlich auf den Anschluss der Organisation der ungelernten Arbeiter des Dänischen Arbeiterverz bandes, zurückzuführen, der rund 80 000 Mitglieder umfasst. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Zentralisierung hat eine Stärkung erfahren.

Einer der Hauptberatungspunkte der Generalversammlung war der grosse Ar= beitskonflikt, der vor kurzem beigelegt wurde. Die Organisation der Schuharbei= ter, die sich dem Schiedsvorschlag des Schlichters im Gegensatz zu der Lei= tung der Vereinigten Gewerkschaften nicht anschloss, und deshalb in eine zur= zeit noch andauernde Aussperrung geriet, brachte eine Entschliessung ein, die die Haltung der Hauptleitung im Konflikt nicht billigt. Diese Entschliessung wurde jedoch mit 622 gegen 28 Stimmen verworfen, während der Bericht des Vor= sitzenden mit 647 gegen 3 Stimmen gutgeheissen wurde.

Einstimmig nahm die Generalversammlung eine Entschliessung an, worin sie dem Madrider Beschluss des IGB auf Einführung der 40-Stundenwoche beitritt. In einer weiteren einstimmig angenommenen Entschliessung fordern die Gewerkschaf= ten eine Verschärfung des Kampfes gegen die Warenverteuerung infolge der hohen Wwischengewinne.

Der Hauptvorstand unter der Führung Nygaards und Jensens wurde wiederge= wählt.

SPD. Der Demokratische Gewerkschaftsbund der Angestellten wendet sich in einer besonders scharf gehaltenen Kundgebung gegen die Sozialabbaupläne der Regierung. Er erklärt, dass die Regierung sich bereits bisher zu allgemeins schädlichen, einseitigen Massnahmen den Arbeitnehmern gegenüber habe drängen lassen und dass sie jetzt nach allen Anzeichen im Begriff sei, das mit neuen Notverordnungen wieder zu tun .-

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband verlangt sofortige Massnahmen gegen die Doppelverdiener. Gegenüber der Brauns-Kommission erklärt er, dass nicht 280 000, sondern rund 575 000 von Doppelverdienern besetzte Arbeits=

stellen freigemacht werden könnten.